

# 10 Jahre und (k)ein bisschen weise

Autor(en): **Lanz, Anni**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **105 (2011)**

Heft 6

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-390257>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zehn Jahre nach den Kirchenbesetzungen in mehreren Schweizer Städten will die Sans-Papiers-Bewegung wieder gemeinsam an die Öffentlichkeit treten. Die Kollektive und Anlaufstellen aus allen Regionen der Schweiz treffen sich seit Ende letzten Jahres regelmässig, um wieder mit vereinten Kräften die offizielle Politik gegen Sans-Papiers zu durchkreuzen. Das Jubiläum bietet auch Gelegenheit, die vergangenen zehn Jahre kritisch zu reflektieren.

Das Auftreten in der Öffentlichkeit vor zehn Jahren können die Sans-Papiers heute wohl kaum wiederholen. Zu bedrohlich ist ihre Kriminalisierung und Strafverfolgung unterdessen geworden, wobei in den letzten Jahren mit den «Nothilfeempfangenden» neue Kategorien von Sans-Papiers entstanden sind, deren Mittellosigkeit durch ein striktes Arbeitsverbot angeordnet ist. Es handelt sich dabei nicht nur um ehemalige Asylsuchende, sondern auch um Personen ohne Schweizer Pass, denen die Aufenthaltsbewilligung entzogen worden ist. Diese Entzugspraxis hat in den letzten Jahren enorm zugenommen.

Zwar gelang es der Sans-Papiers-Bewegung immer wieder, das Image von Sans-Papiers entgegen dem offiziellen Diskurs positiv zu besetzen, allerdings vorwiegend bei den Jugendlichen und den Frauen, die per se in der öffentlichen Wahrnehmung einen Opferstatus einnehmen. Männliche Sans-Papiers hingegen fielen zunehmend einer ausgrenzenden Diskreditierung anheim. Sie prägen im öffentlich-politischen Diskurs das Sans-Papier-Bild, obwohl die Mehrheit der Sans-Papiers weiblich ist. Auf der Petition «10 Jahre Sans-Papiers-Bewegung» ist diese politische Entwicklung kurz zusammengefasst (siehe [www.sans-papiers.ch](http://www.sans-papiers.ch)).

### Was ist anders?

Dass sich unterdessen die SVP die Deutungshoheit in der Sans-Papiers-Frage angeeignet hat, zeigt sich allein schon an

# 10 Jahre und (k)ein bisschen weise

*Die Sans Papiers Bewegung will wieder an die Öffentlichkeit treten. Nichts tun, Vergessen gehen, das gilt für sie nicht.*

*Anni Lanz, die treue hartnäckige Fachfrau und Aktivistin, informiert.*

---

der Schwierigkeit, vor den Nationalratswahlen eine Bewilligung für eine nationale Sans-Papiers-Demo in Bern zu erhalten. Vor zehn Jahren konnte in Bern problemlos eine riesige Sans-Papiers-Demo stattfinden. Heute stufen die Bewilligungsbehörden eine solche als «polarisierend» ein, wiewohl solche Demos stets völlig friedlich verlaufen. Ausschreitungen sind unter den Demoteilnehmenden ein absolutes Tabu.

Was hat sich in den letzten zehn Jahren, neben der politischen und rechtlichen Situation der Sans-Papiers zusätzlich verändert? Unsere politischen Energien werden durch die restriktive Härtefallpraxis gebunden. Wir müssen um jedes Gesuch einzeln kämpfen – oft mit aufwändigen Strassenaktionen. Aber auch unsere Erkenntnisse über die irreguläre Migration haben sich durch unzählige Kontakte mit Sans-Papiers erweitert.

Während den mehrmonatigen Besuchen von Ausschaffungshäftlingen – und in der Zeit danach – habe ich eindrücklich erfahren, wie riesig die in die Armutsmigration involvierte Weltbevölkerung ist. Hinter fast jedem MigrantIn und jeder MigrantIn aus ärmeren Verhältnissen steht ein Vielfaches an Personen, die von den Lohnüberweisungen für ihre Grundbedürfnisse abhängen.

Schätzt man heute die MigrantInnen auf rund 3% der Weltbevölkerung, so muss man diese Zahl vervielfachen, um ein Bild der von den Geldüberweisungen abhängigen Netze zu erhalten. Ebenfalls erfahren habe ich, dass die meisten ökonomischen Projekte von Rückkehrenden im Herkunftsland scheitern, selbst wenn sie dafür viel Geld erspart, gesammelt oder ihre AHV-Guthaben eingesetzt haben. Aus den mir zugesandten Mails habe ich für die Gründe nur dürftige Aussagen erhalten. Manchmal hiess es, dass sie als reich angesehene Rückkehrende überall ausgenommen wurden, dass in den Geschäften

und Lagern eingebrochen wurde. Unzählige Angehörige und FreundInnen erwarten eine «Abfindung». Ich vermute, dass diejenigen Projekte im Herkunftsland am besten gedeihen, die von einem kontinuierlichen Geldfluss aus dem Ausland gespiesen werden.

Die care-ökonomische Seite von Migration gewann für mich an Bedeutung. Armutsmigration ermöglicht den Angehörigen im Herkunftsland Schulbildung, Gesundheitspflege, d.h. Sozialleistungen, die der Herkunftsstaat, oft unter dem Spardiktat des Weltwährungsfonds, nicht (mehr) erbringt. Die Zurückgebliebenen übernehmen die Betreuung und medizinische Versorgung der betagten Angehörigen sowie der daheim gebliebenen Kinder und investieren einen Teil der Geldüberweisungen in sichere Güter (Ausbildung, Landerwerb, Hausbau, landwirtschaftliche und kleinbetriebliche Produktionsmittel), mit dem Ziel, die Existenzgrundlage des familiären Netzes längerfristig zu sichern.

Wären die familiären Verpflichtungen der MigrantInnen aus armen Verhältnissen nicht so bindend und stünden bloss individuelle Eigeninteressen im Vordergrund, würden sie nicht ihre sämtlichen Ersparnisse laufend an ihre Angehörigen überweisen. Sie würden ihr Einkommen selber verbrauchen oder auf einem Bankkonto ansammeln. Ein solches Verhalten habe ich bei Sans-Papiers kaum je beobachtet. Auch im Zuwanderungsland erbringen MigrantInnen, insbesondere Sans-Papiers, zunehmend care-ökonomische Leistungen, die der Sozialstaat privatisiert, indem er sie den Privathaushalten aufbürdet – wie die Betagtenbetreuung. Die Armutsmigration muss deshalb in einen Zusammenhang mit der Arbeitsteilung der Geschlechter und mit dem Bedeutungsverlust der öffentlichen Hand gesehen werden. ●